

Illusorischer Rechtsschutz

«Bundesrat ist für Lauschangriff»,

TZ vom 16. Juni.

Der Bundesrat verharmlost die geplante Erweiterung der staatlichen Abhörkompetenzen mit der Versicherung, vor Missbrauch schütze ein gestärkter Rechtsschutz. In der Praxis läuft es anders, staatliche Stellen decken sich gegenseitig. Im vergangenen Dezember wurde mein E-Mail-Verkehr illegal überwacht. Eine Beschwerde dagegen wurde vom Zürcher Obergericht, gedeckt vom Bundesgericht, mit den windigsten Ausflüchten nicht behandelt. Die Sache ist jetzt beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte hängig.

Wegen extremer Arbeitsüberlastung behandelt der Gerichtshof nur knapp 5 Prozent aller eingehenden Beschwerden. Die Behandlung der Beschwerden, die überhaupt beurteilt werden, dauert mindestens fünf Jahre. Von einem «ausgeklügelten» Rechtsschutz gegen den Missbrauch der staatlichen Überwachung der Bürger, wie Bundesrat Blocher behauptet, kann keine Rede sein. Wenn den Staatsschnüfflern einmal zusätzliche Überwachungs- und Abhörmöglichkeiten in die Hände gegeben sind, werden diese auch missbraucht. Und die staatlichen Stellen decken sich gegenseitig beim Vertuschen.

Erwin Kessler, Präsident

Verein gegen Tierfabriken VgT, Tuttwil